

Erklärung zum Haushalt 2007

[Es gilt das gesprochene Wort!]

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren des Rates und der Verwaltung,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zunächst möchte ich meinen Dank zum Ausdruck bringen all denjenigen in der Verwaltung, die diese Haushaltsberatungen durch die Vorgaben und durch ihre Hilfe für die politische Beratung ermöglicht haben.

Auch in diesem Jahr gebe ich unseren Dank vor allem weiter an Herrn Lütkeemeier, nicht nur, weil er in Person unsere Fraktion bis in den Freitagabend hinein bei den Haushaltsberatungen unterstützt und beraten hat, sondern auch, weil bei ihm die Fäden der Arbeit vieler Beteiligter zusammen liefen. Damit sind Sie, Herr Lütkeemeier für uns auch stellvertretend der Ansprechpartner für all diejenigen, die im Team der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die unverzichtbaren Vor- und Zuarbeiten geleistet haben zu dem Gesamtwerk, über das wir heute abschließend befinden.

Meine Gedanken zum Haushalt möchte ich auf drei Bereiche konzentrieren.

1. Allgemeine Anmerkungen zu den Haushaltsberatungen und zum Haushalt 2007
2. Betrachtungen über den Erfolg der Konsolidierungsbemühungen
3. Wichtige Handlungsfelder

Ich hoffe damit Ihnen, den Zuhörerinnen und Zuhörern thematische Dubletten durch die Schwerpunktsetzung weitgehend zu ersparen. Gleichzeitig versuche ich damit dem formulierten Anspruch der Frau Bürgermeisterin gerecht zu werden, die die Haushaltsreden der Fraktionssprecher in diesem Saale als zentrale politische Reden des Jahres bezeichnet und damit auch nach politischer Positionsbestimmung verlangt hat.

1. Allgemeine Anmerkungen zu den Haushaltsberatungen und zum Haushalt 2007

Der Haushalt 2007 und die Beratungen, die zur Verabschiedung dieses Haushaltes geführt haben, waren, wie es den Anschein hat, in allen Fraktionen geprägt von der Vorgabe und Zielsetzung der langfristigen Haushaltskonsolidierung. Um es vorweg zu nehmen: Die Ratsfraktion der Grünen ist der Ansicht, dass zumindest erste wichtige Schritte zur Haushaltskonsolidierung zurückgelegt sind. Dabei kann ich feststellen, dass die Vorgaben der Strategie- und Finanzkommission hier für alle Beteiligten einen Rahmen abgesteckt haben, der die Beratungen in den einzelnen Fachausschüssen flankiert und geprägt hat. Weder überzogene „Sparwut“ noch die in der Vergangenheit in dieser Phase der Haushaltsberatungen erlebten „Spendierhosen“ für die eine oder andere Klientel machten die Runde. In der Finanzkommission selbst herrschte, von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen, ein weitgehender Konsens

in der Zielvorgabe, Streit gab es, wenn überhaupt, um die Formulierung und Proklamation ehrgeiziger Sparziele. Doch auch dieser Streit ist am Ende durch die nüchterne Erkenntnis des finanzpolitisch Machbaren beigelegt worden – kein „Friede-Freude-Eierkuchen-Ende“, wie vielleicht politische Kommentatoren jetzt nörgeln mögen, sondern der Konsens realistischer Betrachtung.

Der Vergleich von Aufwendungen und Erträgen für den Planungszeitraum macht deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind, die Schere zwischen Aufwendungen und Erträgen, die immer weiter auseinander zu klaffen drohte, schließt sich in den nächsten Jahren dank wachsender Erträge und langsamer ansteigenden Aufwendungen. Das ist sichtbares Ergebnis der gemeinsamen Konsolidierungsanstrengungen. Mit diesen grundlegenden und richtungsweisenden Erkenntnissen aus dem Ergebnisplan möchte ich die Analyse des Zahlenwerkes hier nur kurz ansprechen, wohl wissend oder doch ahnend, dass sich Herr Niehues auf diesem Gebiet für uns alle schon als analytischer Vorkämpfer durch die Zahlen und Tabellen gearbeitet hat oder noch arbeiten wird.

2. Kurze Betrachtung über den Erfolg der Haushaltskonsolidierung

Bei der formulierten grundsätzlichen Genugtuung über einen respektablen Anfangserfolg der Konsolidierungsanstrengungen will ich nicht verhehlen, dass schmerzhaft Einschnitte vor allem für die Betroffenen spürbar wurden. Ein Beispiel: Der Einstieg in eine Nutzungsgebühr für Sportstätten ab 2008 hat erwartungsgemäß keine Begeisterung bei den Sport Treibenden ausgelöst, wir sehen aber deutliche Anzeichen für Einsicht in die grundsätzliche Notwendigkeit und setzen auf eine sorgfältig und sachgerecht abgestimmte Justierung der Ausführungsbestimmungen im Konsens mit den Beteiligten und Betroffenen. Bei der Begrenzung der Personalkosten ist es zu Einschnitten gekommen, die von den Betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zumindest in Teilbereichen als Einschnitte bis aufs Blut verstanden werden. Wer hier weiter einsparen will, kann nicht mit jährlich wiederkehrenden pauschalen Kürzungsforderungen kommen, sondern muss dann auch über Leistungsverzicht beim Katalog städtischer Dienstleistungen nachdenken.

Einige Großprojekte sind mehrheitlich ohne unsere Zustimmung durchgesetzt worden. Beispielhaft erinnere ich an den Gesamtkomplex Stadtbibliothek / Stadtarchiv. Die absurde Diskussion um eine Verteilung unserer Einnahmen aus der Gewerbesteuer an Nachbargemeinden macht überdeutlich, dass wir uns selbst und andere immer wieder daran erinnern müssen, welche enormen Anstrengungen die Stadt Rheine als Vorleistung auf sich nehmen musste, um der Volksbank angenehme Rahmenbedingungen zu verschaffen für eine Konzentration ihrer Geschäftstätigkeit auf unser Stadtgebiet. Da fließt noch viel Wasser die Ems hinunter, bis unsere Anstrengungen durch zusätzliche Einnahmen auch nur annähernd –wenn überhaupt- kompensiert werden können. Als sich dann der Umzug des Stadtarchivs in die nolens volens überflüssig gekauften Räumlichkeiten in seiner Kostendimension als Flop herausstellte, haben wir die Reißleine gezogen, wollten den Umzugsunfug

nicht und hätten stattdessen eine Vermietung von Teilen der Ex-Volksbank und die daraus resultierenden Einnahmen einem wirtschaftlich zweifelhaften Verkauf des Kannegießer-Hauses und einem fachlich keineswegs zwingenden Umzug des Stadtarchivs den Vorrang gegeben. Hier sehen wir, wie auch in der übereilten Ausweitung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek einschließlich der damit verbundenen Personalaufstockung den Pfad der reinen Konsolidierung verlassen, zumindest jedoch nur suboptimal umgesetzt. Das hält uns jedoch nicht davon ab, dennoch dem Haushalt 2007 zuzustimmen, sehen wir in den benannten Punkten einen Dissens über den Weg, der den grundsätzlichen Konsens über das Ziel nicht außer Kraft setzt.

3. Wichtige Handlungsfelder – Drängende Zukunftsaufgaben:

Klimawandel – Klimaschutz – Klimabündnis

Gut 75% der durch menschliche Aktivitäten verursachten Treibhausgase werden durch die Verursacherbereiche Verkehr (27%), Haushalte (20%), Landwirtschaft (16%) und Energieerzeugung (13%) hervorgerufen. Das bedeutet, herunter gebrochen auf eine Kommune wie Rheine, dass die Handlungsfelder, in denen wir wirksam ökonomisch und ökologisch agieren und Vorbild sein können, klar umrissen sind: Der gesamte städtische Gebäudebestand gehört auf den Prüfstand, um Einsparpotentiale beim Energieverbrauch auszuloten und notwendige technische Veränderungen zu realisieren. Der Umstand, dass die Energiekosten in städtischen Gebäuden im vergangenen Jahr die geplante Größenordnung um satte 400.000 € überschritten haben, muss uns als Menetekel dafür erscheinen, dass wir mindestens 20 Jahre für die Realisierung der Energiewende schlicht verschlafen haben. Es ist –das sagen uns alle Experten der unterschiedlichsten Fachrichtungen in den vergangenen Wochen mit nie erlebter Dringlichkeit- viel später, als die meisten von uns denken. Dass Grüne die Entwicklung, die wir jetzt erleben, als Gefahr lange prophezeit haben, ist allen hier so bekannt, dass ich es nicht erwähnen müsste. Wir brüsten uns auch keineswegs damit, dass wir die ersten Rufer in der Wüste waren, die Auswege aufgezeigt haben, die lange belächelt wurden, heute aber Eingang in die Programme der Regierung gefunden haben. Wir appellieren jedoch eindringlicher denn je vor allem an diejenigen, die mit ihrer Mehrheit das Tempo der notwendigen Veränderungen beschleunigen könnten. In Zeiten, in denen eine Mutter von sieben Kindern als Familienministerin endlich notwendige Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern umsetzen will, die wir Grüne vor Jahren schon gefordert haben, in Zeiten, in denen die CDU in unserer Nachbarschaft in Emsdetten angesichts des Scheiterns des überkommenen dreigliedrigen Schulsystems die Errichtung einer Gesamtschule fordert und auf den Weg bringt, in solchen Zeiten keimt das zarte Pflänzchen Hoffnung auf, dass die CDU als große Volkspartei sich auch auf ihre klimapolitische

Erklärung zum Haushalt 2007

Verantwortung besinnt und die notwendigen Schritte jetzt endlich auch vor Ort mitgeht.

Wir erwarten aus der Erkenntnis und Einsicht in die unabweisbare Notwendigkeit Unterstützung und Zustimmung aller Vernünftigen in dieser Runde (das ist eine Umsetzung der Koalition der Vernunft, Herr Niehues) für nachfolgend benannte erste Schritte zur kommunalen Beteiligung an der unbestritten notwendigen Rettung unserer globalen Existenzbedingungen:

- Umsetzung der „Solare[n] Baupflicht“ als erste energie- und klimapolitische Sofortmaßnahme
- Wir fordern eine klimagerechte Verkehrspolitik. Was das in der Umsetzung bedeuten kann, benenne ich ebenfalls nur exemplarisch: Die Auto-Vorrang Politik muss umgewandelt werden in eine Verkehrspolitik, in der das Fahrrad und der ÖPNV mittelfristig Vorrang genießen, für den Anfang bedeutet das mindestens eine Stärkung dieser Bereiche. Beginnen kann man morgen damit, die Ampelschaltungen diesen neuen Prioritäten anzupassen.
- Die vorhandenen Dienstwagen sollen in einer Übergangsphase umgestellt werden auf Gasbetrieb. Grundsätzlich muss gelten: Dienstwagen dürfen nicht mehr als 5 Liter/ 100 km verbrauchen, der Stickoxidausstoß muss sich an den höchsten technischen Standards ausrichten.
- Im städtischen Gebäudebestand sollen kurzfristig erneuerbare Energien zum Einsatz kommen. Um hier in konkrete Maßnahmen einzusteigen, sollte der gesamte Bestand der städtischen Gebäude im Rahmen einer grundlegenden Evaluation begutachtet werden. Entsprechende Gutachteradressen können über den Bundesverband "Erneuerbare Energien" erfragt werden.
- Die Bürgermeisterin sollte die Schirmherrschaft über eine Kooperation zwischen Kommune und Handwerkern übernehmen. Ziel dieser Kooperation soll sein, private Gebäudebesitzer zum Einsatz erneuerbarer Energien zu bewegen. Das geht umso überzeugender, je deutlicher hier die Kommune mit gutem Beispiel vorangeht.
- Die Landwirtschaft ist für uns ein wichtiger Bündnispartner, um erneuerbare Energien zum Einsatz zu bringen. Wir begrüßen noch einmal die nun fertiggestellte Biogasanlage. Es sollten weitere Gespräche mit den Landwirten stattfinden über die Regionale Vermarktung ihrer Produkte sowie den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen.

Dass zumindest einige dieser Punkte erhebliche Investitionen auslösen, ist uns durchaus bewusst. Dass wir aufs Tempo drücken müssen, weil wir in der Vergangenheit viel Zeit auf diesem Terrain verloren haben, ist ebenfalls unausweichlich. Auch eine begrenzte Erhöhung unserer Verschuldung muss u. U. in Kauf genommen werden. Ein schuldenfreier Untergang unserer Kinder und Kindeskindern in der Klimakatastrophe ist jedenfalls eine zynische Pervertierung des

Erklärung zum Haushalt 2007

strapazierten Wortes von der „Generationengerechtigkeit“, die wir auf keinen Fall herbeiführen wollen.

Wenn sich die Finanzkommission als brauchbares strategisches Element auf dem Weg aus der Schuldenfalle entpuppt, dann brauchen wir für unsere lokale Agenda mit mindestens gleicher Dringlichkeit ein vergleichbares Instrument, das unseren Beitrag für den Weg aus der Klimakatastrophe anstößt, forciert und umsetzt.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Geduld.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem Beschlussvorschlag der Vorlage 127/07 zu.

Rainer Ortel, Fraktionssprecher